



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 25.07.2011

Niederschrift

über die **18. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 28.06.2011, 15:31 Uhr bis 18:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
---------------------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	(bis 18.25 Uhr)
Herr Lars Möller	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	(für Manfred Waddey)
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.	(für SE Arenz)
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Feld	FDP/auf Vorschlag der SPD-Fraktion	(15.50 Uhr - 18.07 Uhr)
Herr Christian Joisten	SPD	(ab 16.00 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	

Herr Thomas Werner	CDU	
Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP	(bis 18.45 Uhr)
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln	
Herr Franz-Albert Krämer	auf Vorschlag die Linke.Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen
Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Frau Angela Thiemann	Bauverwaltungsamt

Gäste

Herr Michael Drechsler	KVB AG
------------------------	--------

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Planen und Bauen
--------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey	GRÜNE
---------------------	-------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Carola Steiner	SPD/auf Vorschlag der Grünen
---------------------	------------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock

Herr Horst Ladenberger

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann eröffnet die 18. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist sie darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

I. Öffentlicher Teil

Zu 1.1: Stellungnahme der Verwaltung
2562/2011
als Tischvorlage

Zu 1.3: Stellungnahme der Verwaltung
2611/2011
als Tischvorlage

- 1.4 Anfrage der Fraktion pro Köln vom 21.06.2011 betreffend
Auswirkungen von chronischen Verkehrsüberlastungen für die Umwelt
AN/1304/2011
- 1.5 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 22.06.2011 betreffend
Tödlicher Radunfall am 07.06.2011
AN/1316/2011
- 1.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2011 betreffend
Zugesagter Ausgang am Bahnhof Köln Süd von der Dasselstraße auf das
Gleis 1
AN/1323/2011
- 4.23 Veräußerung des Grundstückes Sülzgürtel 47 (ehem. Kinderheime); hier: Ge-
samtkoordination der Erschließungsmaßnahmen
2503/2011
Tischvorlage
- 5.15 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Neubau des Fluchttreppenhauses am Tunnel Grenzstraße entsprechend den
geltenden Forderungen der RABT 2006
2109/2011
- 6.6 Geschwindigkeitsreduzierungen auf dem Unnauer Weg
hier: mündliche Anfrage des RM Sterck aus der Sitzung des Verkehrs-
ausschusses vom 10.05.2011, TOP 8.4
2275/2011
- 6.7 Mangelnde Verkehrssicherheit Leuchterstraße/Zeisbuschweg
hier: mündliche Anfrage des SE Czernik aus der Sitzung des Verkehrs-
ausschusses vom 10.05.2011, TOP 8.6
2519/2011

- 6.8 Einsparprogramm von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Betriebsformen
hier: Fragen des SE Schmitz aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 4.2
2551/2011
- 6.9 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des RM Möring in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 15.02.2011 zu TOP 7.5 "Ermäßigte Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel bei Schulausflügen" (Session: 0070/2011)
2541/2011
Tischvorlage
- 6.10 Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.02.2011
AN/0347/2011
hier: Gerichtsurteil zum Verkehrsvertrag zwischen DB und VRR
2640/2011
Tischvorlage
- 7.7 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010
2178/2011
- 7.8 Unfallhäufungsstellen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2010 in Köln
2437/2011
- 7.9 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
2156/2011
- 7.10 Optimierung des Winterdienstes für die Stadt Köln
2262/2011/1
- 7.11 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Severinsbrücke, Strombrücke
Erneuerung des Korrosionsschutzes der Schrägkabel und des Pylons
2192/2011
- 7.12 Verkehrssituation in Köln-Meschenich
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 28.02.2011, TOP 8.2.7
2117/2011
- 7.13 Beantwortung der Anfragen aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 19.05.2011 betreffend Tagesordnungspunkt 6.1 Bebauung am Breslauer Platz - Verzögerung des Projektes durch Leitungstrassen der DB AG - Erarbeitung von Alternativen (1155/2011)
2333/2011
- 7.14 Verkehrsgutachten zur Ansiedlung des Frischemarktes in Köln-Marsdorf
2600/2011
Tischvorlage

7.15 Stilllegungsmaßnahme auf der städtischen Altdeponie Linder Mauspfad
Sachstand zur Verkehrsführung während der Baumaßnahme
2545/2011
Tischvorlage

Zudem liegen zu diversen TOP noch nachträgliche, ergänzende Stellungnahmen der Verwaltung (teilweise mit neuen Beschlussvorschlägen der Verwaltung) sowie Auszüge aus BV-Sitzungen vor.

Ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion als Tischvorlage liegt zu TOP:

4.1 Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen, hier: Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße
vor.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, begründet auf Nachfrage der stellvertretenden Vorsitzenden des Santos Herrmann die Dringlichkeit der Vorlage unter TOP 4.23; sie ergebe sich im Wesentlichen aus dem Projektfortschritt.

RM Kirchmeyer bittet, TOP

5.2 Umgestaltung des Ebertplatzes
hier: Planungsbeschluss für die Anpassung der vorhandenen Ingenieurbauwerke als vorbereitende Maßnahmen für die Umgestaltung des Ebertplatzes auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans
4602/2010
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2011, AN/0997/2011
II. Durchgang

ohne Votum in den Rat zu verweisen; hier gebe es noch interne fraktionsübergreifenden Gespräche.

Zudem schlägt sie vor, TOP

5.14 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz
hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011
1350/2011
I. Durchgang

zu vertagen. Ihre Fraktion möchte zunächst das Verkehrsgutachten, das zeitnah zu erwarten sei, abwarten.

Der Ausschuss ist im Übrigen mit der so erweiterten Tagesordnung einverstanden und beschließt diese wie folgt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.06.2011 betreffend
Wiederherstellung der Bechergasse
AN/1146/2011

Stellungnahme der Verwaltung
2562/2011

- 1.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.06.2011 betreffend
Parken am S-Bahnhof Wahn
AN/1135/2011

Stellungnahme der Verwaltung
2382/2011

- 1.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2011 betreffend
Radwegebenutzungspflicht
AN/1190/2011

Stellungnahme der Verwaltung
2611/2011

- 1.4 Anfrage der Fraktion pro Köln vom 21.06.2011 betreffend
Auswirkungen von chronischen Verkehrsüberlastungen für die Umwelt
AN/1304/2011

- 1.5 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 22.06.2011 betreffend
Tödlicher Radunfall am 07.06.2011
AN/1316/2011

- 1.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2011 betreffend
Zugesagter Aufgang am Bahnhof Köln Süd von der Dasselstraße auf das
Gleis 1
AN/1323/2011

- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 4.1. Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen
hier: Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße
0946/2010
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 28.06.2011 als Tischvorlage
AN/1363/2011
- 4.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-4-1030
Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt
5387/2010
- 4.3 Einsparprogramm von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Betriebsformen
0213/2011
- 4.4 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln
5332/2010
- 4.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; Straßenerhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet
0368/2011
- 4.6 Einrichtung einer eigenen Grünphase für den Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße
0608/2011
- 4.7 Gemeinsamer Geh- und Radweg auf dem Parkgürtel im Abschnitt zwischen Nußbaumerstraße und BAB 57
1405/2011
- 4.8 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt
4845/2010
- 4.9 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Buslinie auf der Inneren Kanalstraße/Universitätsstraße - Bewertung und Verlängerung
1382/2011

- 4.10 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Süd
1596/2011
- 4.11 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Änderung der Führung der Buslinien 160 und 162 nach Fertigstellung der
Nordanbindung Bf. Wahn
1595/2011
- 4.12 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über Markierungsarbeiten
1585/2011
- 4.13 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung und
Montage von Fahrradständern
1742/2011
- 4.14 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages Schutz- und Leiteinrich-
tungen
1746/2011
- 4.15 Beseitigung Unfallhäufungspunkt Hültzstraße/Stadtwaldgürtel
1748/2011
- 4.16 Verwendung der Stellplatzablösemittel
Hier: Tiefgarage Börsenplatz in Köln-Altstadt/Nord
1972/2011
- 4.17 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn , ÖPNV
Sanierung der Bahnsteigkanten an den Haltestellen Slabystraße, Linie 13 und
Linie 18
2055/2011
- 4.18 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Planungsbeschluss zum Neubau Brücke Ginsterberg in Köln Weidenpesch
2057/2011
- 4.19 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn , ÖPNV
Jahresvertrag Granitplatten Roncalliplatz
2107/2011
- 4.20 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Grunderneuerung der Straßenbrücke Gleueler Str.
2056/2011
- 4.21 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens für die Erneue-
rung von Lichtsignalanlagen
hier: Streckenzug Wilhelm-Sollmann-Straße und Johannes-Rings-Straße
2365/2011

4.22 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Erste Teilumsetzung des Ratsbeschlusses zum "KVB-Nachtverkehr" vom
26.05.2011
2362/2011

4.23 Veräußerung des Grundstückes Sülzgürtel 47 (ehem. Kinderheime); hier: Ge-
samtkoordination der Erschließungsmaßnahmen
2503/2011

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb
zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke
Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
3379/2010

5.2 Umgestaltung des Ebertplatzes
hier: Planungsbeschluss für die Anpassung der vorhandenen Ingenieurbau-
werke als vorbereitende Maßnahmen für die Umgestaltung des Ebertplatzes
auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans
4602/2010

5.3 217. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln
vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1
Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1485/2011
zurückgezogen

5.4 Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Waldecker Straße in Köln-
Buchforst
1364/2011

5.5 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße
mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des
Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-
Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hj. 2011
1679/2011

5.6 Erweiterter Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Amsterda-
mer Straße/Gürtel mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungser-
mächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2011 bei Finanzstelle 6903-1202-5-
6004, Hst. EscherStr.-Slabystr/Nord-B.anhebung und Mitteilung über eine Er-
höhung der Investitions-auszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8
Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2010/2011 der Stadt Köln bei gleicher Finanz-
stelle sowie Teilsanierung des Brückenbauwerkes
1167/2011

- 5.7 Gestaltungshandbuch für die Innenstadt von Köln/Öffentlichkeitsbeteiligung mit Bemusterung
1241/2011
- 5.8 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages Straßenabläufe
1428/2011
- 5.9 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über Maßnahmen zur Straßenerhaltung
1429/2011
- 5.10 218. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1928/2011
- 5.11 Stadtbahnhaltestelle Chorweiler
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für die brandschutztechnische Nachrüstung
1927/2011
- 5.12 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Entscheidung zu den Varianten der Oberlichter an der Haltestelle Breslauer Platz sowie Übernahme der nicht zuwendungsfähigen Kosten im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
2120/2011
- 5.13 Neuabschluss eines Vertrages über die Benutzung städtischer Grundstücke zum Zwecke der öffentlichen Versorgung mit Fernwärme (Fernwärmegestattungsvertrag)
0898/2011
- 5.14 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz
hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011
1350/2011
vertagt
- 5.15 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Neubau des Fluchttreppenhauses am Tunnel Grenzstraße entsprechend den geltenden Forderungen der RABT 2006
2109/2011
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 6.1 Stadtbahnbeschleunigung Ost-West-Achse zwischen den Haltestellen Moltkestraße und Heumarkt

hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.02.2011, TOP 1.3
1511/2011

- 6.2 Reinigung der Haltestelle Hansaring
Anfrage des SE Vietzke in der 16. Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.03.2011
1777/2011
- 6.3 Bebauungsplan Nr. 7242/02, 2. Änderung; Arbeitstitel: Airport-Business-Park (2. Änderung) in Köln-Porz-Gremberghoven
hier: Nachfragen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 15.02.2011, TOP 7.4
1814/2011
- 6.4 Umgestaltung Breslauer Platz
hier: Anfrage des RM Sterck aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 10.05.2011, TOP 8.3
1994/2011
- 6.5 Mannheimer Straße in Köln-Ostheim
hier: Anfrage des RM Möring aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 8.4
2341/2011
- 6.6 Geschwindigkeitsreduzierungen auf dem Unnauer Weg
hier: mündliche Anfrage des RM Sterck aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 10.05.2011, TOP 8.4
2275/2011
- 6.7 Mangelnde Verkehrssicherheit Leuchterstraße/Zeisbuschweg
hier: mündliche Anfrage des SE Czernik aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 10.05.2011, TOP 8.6
2519/2011
- 6.8 Einsparprogramm von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Betriebsformen
hier: Fragen des SE Schmitz aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 4.2
2551/2011
- 6.9 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des RM Möring in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 15.02.2011 zu TOP 7.5 "Ermäßigte Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel bei Schulausflügen" (Session: 0070/2011)
2541/2011
- 6.10 Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.02.2011
AN/0347/2011
hier: Gerichtsurteil zum Verkehrsvertrag zwischen DB und VRR
2640/2011

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Tätigkeitsbericht 2010 des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik
1639/2011
- 7.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrstechnik für das Jahr 2011
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 18.01.2011, TOP 5.2
hier: Anpassung des Bedarfs von zwei 7,5 t Lkw auf zwei 12 t Fahrzeuge
1730/2011
- 7.3 Ortsumgehung Zündorf durch Anbindung an die L274n
2182/2011
- 7.4 Bahnsteiganhebung Stadtbahnlinie 5
Haltestelle Gutenbergstraße
2142/2011
- 7.5 Sachstand Stellenbesetzung für die 3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn
2358/2011
- 7.6 Bahnsteiganhebung Stadtbahnlinie 5
Haltestelle Liebigstraße
2141/2011
- 7.7 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010
2178/2011
- 7.8 Unfallhäufungsstellen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2010 in Köln
2437/2011
- 7.9 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
2156/2011
- 7.10 Optimierung des Winterdienstes für die Stadt Köln
2262/2011/1
- 7.11 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Severinsbrücke, Strombrücke
Erneuerung des Korrosionsschutzes der Schrägkabel und des Pylons
2192/2011
- 7.12 Verkehrssituation in Köln-Meschenich
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 28.02.2011, TOP 8.2.7
2117/2011

- 7.13 Beantwortung der Anfragen aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 19.05.2011 betreffend Tagesordnungspunkt 6.1 Bebauung am Breslauer Platz - Verzögerung des Projektes durch Leitungstrassen der DB AG - Erarbeitung von Alternativen (1155/2011)
2333/2011
- 7.14 Verkehrsgutachten zur Ansiedlung des Frischemarktes in Köln-Marsdorf
2600/2011
- 7.15 Stilllegungsmaßnahme auf der städtischen Altdeponie Linder Mauspfad
Sachstand zur Verkehrsführung während der Baumaßnahme
2545/2011

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Mängel bei der Ausführung von Baumaßnahmen
Anfrage des RM Möring
- 8.2 Touristische Hinweisschilder auf das Weltkulturerbe Kölner Dom
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.3 LED-Lampen in der Bechergasse
Anfrage des SE Vietzke
- 8.4 Beeinträchtigung der U-Bahn-Haltstellen durch Graffiti
Anfrage des RM Tull
- 8.5 Express vom 23.06.2011: Interview mit dem Fahrradbeauftragten
Anfrage des RM Tull
- 8.6 Zubringerstraße zum BAB-Kreuz Merheim
Anfrage des RM Noack
- 8.7 Mobilfunkmasten
Anfrage des SE Joisten
- 8.8 Sachstand zur Brücke Aachener Weiher
Anfrage des RM Zimmermann

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 12.1 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
2058/2011

- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 15.1 Vergabe von Zeitverträgen für verschiedene wiederkehrende Arbeiten im Kölner Stadtgebiet
1772/2011
 - 15.2 KVB: Bericht über die Einhaltung der Vorgaben aus der Betrauungsregelung
1878/2011
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.06.2011 betreffend Wiederherstellung der Bechergasse AN/1146/2011

Stellungnahme der Verwaltung 2562/2011

Die Beantwortung liegt als Tischvorlage vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.06.2011 betreffend Parken am S-Bahnhof Wahn AN/1135/2011

Stellungnahme der Verwaltung 2382/2011

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

1.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2011 betreffend Radwegebenutzungspflicht AN/1190/2011

Stellungnahme der Verwaltung 2611/2011

Die Beantwortung liegt als Tischvorlage vor.

SE Vietzke wirft die Frage auf, ob die Radwegebenutzungspflicht auch in der Lindenstraße, der Vogelsanger Straße und der Subbelrather Straße aufgehoben werden könnte. Zudem sollte sich die Verwaltung Gedanken machen, welche Maßnahmen geeignet seien, die Verkehrsteilnehmer entsprechend zu informieren. Aus seiner Sicht seien dies Aufstellflächen im Kreuzungsbereich bzw. das Aufbringen von Fahrradpiktogrammen hinter den Einmündungsbereichen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass die Verwaltung dies noch nicht abschließend geprüft habe. Möglicher Weise werden übergangsweise Hinweistafeln aufgestellt. Eine dauerhafte Aufstellung sei nicht zwin-

gend notwendig, da zum einen der Schilderwald nicht noch mehr vergrößert werden sollte und zum anderen auch nach einer gewissen Zeit ein Gewöhnungseffekt bei allen Verkehrsteilnehmern eintreten werde.

**1.4 Anfrage der Fraktion pro Köln vom 21.06.2011 betreffend
Auswirkungen von chronischen Verkehrsüberlastungen für die Umwelt
AN/1304/2011**

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

**1.5 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 22.06.2011 betreffend
Tödlicher Radunfall am 07.06.2011
AN/1316/2011**

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

**1.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2011 betreffend
Zugesagter Aufgang am Bahnhof Köln Süd von der Dasselstraße auf das
Gleis 1
AN/1323/2011**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet, dass derzeit das lang geplante Gespräch zwischen der DB AG, vertreten durch Herrn Krade-pohl, und der Verwaltung laufe. Die aufgeworfenen Fragen werden dort auch erörtert, so dass zur nächsten Sitzung eine schriftliche Stellungnahme erfolgen werde.

RM Wolter bittet ihn nochmals eindringlich, sich für eine prioritäre Umsetzung der Maßnahme einzusetzen.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.1 Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knoten-
punktbetriebsformen
hier: Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße
0946/2010**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 28.06.2011 als Tischvorlage
AN/1363/2011**

RM Tull merkt kritisch an, dass die aktuellen Darstellungen der Verwaltung nicht in Gänze plausibel seien. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei beispiels-

weise nicht nachvollziehbar, warum bei einem provisorischen Kreisverkehr bereits ein baulicher Mittelkreis angelegt werden müsse. Zudem könne bei der Gestaltung sicherlich noch einiges Kosten sparend abgespeckt werden. Ihre Fraktion bleibe bei der Auffassung, dass zunächst ein provisorischer Test eines Einfachkreises eingeführt werden sollte, um zu beobachten, wie die Verkehrsströme sich an dieser Stelle entwickeln. Wenn die Probleme mit diesem nicht in den Griff zu bekommen seien, könne immer noch über einen Turbokreis nachgedacht werden.

RM Möring weist seitens der CDU-Fraktion auf den als Tischvorlage verteilten Änderungsantrag hin. Den Ausführungen der Verwaltung könne insoweit gefolgt werden, als dass auch der CDU-Fraktion der kleine Kreis als die am wenigsten praktikable Lösung erscheine. Seine Fraktion spreche sich – auch vor dem Hintergrund von örtlichen Widerständen bei den „größeren“ Lösungen – daher dafür aus, die Lichtsignalanlage zunächst zu optimieren und die bestehenden Wegebeziehungen zu untersuchen und ggf. zu unterbinden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, verweist im Wesentlichen auf die ergänzende Stellungnahme der Verwaltung. Bei einem etwaigen Beschluss, einen provisorischen Kreis einzurichten, werde die Verwaltung diesen und auch den baulichen Mittelkreis selbstverständlich so einfach und Kosten sparend wie möglich gestalten. Dennoch halte er die Kostenschätzung für realistisch, da die Seitenbereiche mit einbezogen werden müssen.

Für die FDP-Fraktion gibt RM Kirchmeyer zu Bedenken, dass Provisorien in Köln erfahrungsgemäß eher auf Dauer eingerichtet werden und sie die hohen Kosten hierfür scheue. Sie favorisiere vielmehr den neuen Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß Anlage 19.

RM Tull legt dar, dass ein einfacher Kreis für die Fußgänger und für die Radfahrer deutliche Vorteile gegenüber dem Turbokreis biete und zudem theoretisch 25.000 Fahrzeuge pro Tag aufnehmen könne; insofern sei ein Versuch und somit ein Provisorium an dieser Stelle sinnvoll und zweckmäßig – trotz der Kosten. Aus ihrer Sicht reiche ein Zeitraum von ca. einem halben Jahr aus.

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann schließt die Diskussion und lässt wie folgt abstimmen:

1. Beschluss (Änderungsantrag der CDU-Fraktion):

Die **Alternative 2** der Beschlussfassung wird wie folgt ergänzt:

Hinter dem letzten Satz wird eingefügt:

Dabei sind auch bestehende Wegeverbindung auf deren Notwendigkeit zu untersuchen und ggf. dauerhaft zu unterbinden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln **abgelehnt**

2. Beschluss (neuer Beschlussvorschlag der Verwaltung gem. Anlage 19):

Der Verkehrsausschuss beschließt den Abbau der Lichtsignalanlagen an der Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße und die Umgestaltung der Kreuzungen der Prioritätsstufe 4 als mehrspurigen Kreisverkehr gemäß Anlage 2, nach Sicherstellung der Finanzierung.

Sollte die prognostizierten nachmittäglichen Stauerscheinungen vor dem Kreisverkehr in der Lindenstraße in Fahrtrichtung stadtauswärts tatsächlich eintreten wird die Verwaltung beauftragt, entlastende Verkehrsführungen zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**

3. Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt den Abbau der Lichtsignalanlagen an der Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße und die Umgestaltung der Kreuzungen der Prioritätsstufe 4 *zunächst als provisorischen Einfachkreisel gemäß Anlage 19.1* nach Sicherstellung der Finanzierung.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und die Fraktion pro Köln bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt

4.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle: 6601-1201-4-1030 Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße, Beseitigung Unfallhäufungspunkt 5387/2010

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet vom Ortstermin am 16.05.2011, bei dem diverse Lösungsansätze rege diskutiert worden seien. Letztlich schlage die Verwaltung nun vor, den Fuß- und Radweg über den Gürtel dahingehend zu trennen, dass die Wegebeziehung für den Fußgänger unverändert bleibt und der Überweg für den Radverkehr um etwa 50 - 100 m verschoben wird. Die Verwaltung habe diese kurzfristige Lösung in ihrer ergänzenden Stellungnahme in Anlage 8 zur Vorlage anschaulich dargestellt. Langfristig wäre es erstrebenswert, die Situation im Kreuzungsbereich so zu bereinigen, dass sich die Hüttenstraße und die Bartholomäus-Schink-Straße wieder gegenüber liegen würden. Dies hätte zur Folge, dass die Bushaltestelle auf den Ehrenfeldgürtel und die Hüttenstraße „aufgeteilt“ werden könnte.

RM Tull zeigt sich sehr irritiert über diesen neuen Verwaltungsvorschlag, der nach ihrer Erinnerung nicht dem Ergebnis des Ortstermins entspricht. Vielmehr habe man sich nach ihrem Verständnis darauf geeinigt, die Radverkehrsführung so zu belassen und den Fußgängerüberweg zu verlegen.

Herr Harzendorf wendet ein, dass dann die große Gefahr bestehe, dass die Fußgänger diese Radwegfurt auch für sich in Anspruch nehmen und das Sicherheitsproblem somit weiterhin nicht gelöst sei.

Nach kurzer kontroverser Diskussion besteht Einvernehmen, die Beschlussfassung zurückzustellen und die Örtlichkeit nochmals in Augenschein zu nehmen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.3 Einsparprogramm von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Betriebsformen 0213/2011

Stellvertretende Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann weist auf die abweichenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen hin.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bestätigt, dass es sich im Wesentlichen um Ergänzungsvorschläge handele, die bereits zum Teil in alten Programmen enthalten seien. Die BV Chorweiler hingegen habe einen konkreten inhaltlichen Beschluss gefasst, obwohl der Verwaltungsvorschlag „lediglich“ ein Prüfauftrag sei. Sofern der hiesige Ausschuss jedoch dem Beschluss der BV Chorweiler folge, werde die Verwaltung eine ganze Reihe von Lichtsignalanlagen (vgl. hierzu Anlage 7) nicht mehr prüfen.

Frau dos Santos Herrmann schlägt vor, dass die Verwaltung alle Anlagen prüft und ggf. eine neue Prioritätenliste erstellt.

Herr Harzendorf sagt dies zu und bestätigt zudem, dass die Prüfergebnisse selbstverständlich den Bezirksvertretungen vorgelegt werden.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss

1. beschließt die Überprüfung aller im Einsparprogramm enthaltenen Lichtsignalanlagen der jeweiligen Bezirke hinsichtlich der Ersetzbarkeit durch alternative Knotenpunktbetriebsformen,
2. beschließt vor Abbau der Lichtsignalanlagen und Umgestaltung der Kreuzungen oder Querungsstellen einen Beschluss der zuständigen Bezirksvertretung einzuholen. Voraussetzung ist, dass bei gleichem Verkehrssicherheitsniveau der Umbau wirtschaftlich ist (Kosten-Nutzen-Verhältnis > 1),
3. beauftragt die Verwaltung jährlich über den Sachstand der Maßnahme zu berichten.

Die Beschlüsse der Bezirksvertretungen

Innenstadt

„Vor dem Beginn der Ausführungsplanung ist den jeweiligen Bezirksvertretungen nachvollziehbar darzulegen, dass das Verkehrssicherheitsniveau zumindest nicht sinkt.“

In der Anlage 3 der Beschlussvorlage (Realisierungskonzept) sind unter Ziffer 3 Abstimmung und Anordnung die Abstimmungspartner um die Behindertenverbände zu ergänzen.“

und

Mülheim

„Die Kreuzungen Graf-Adolf-Str. / Sonderburger Str. und Graf-Adolf-Str. / Kieler Str. / Bertoldistr. sind in die Prüfung mit einzubeziehen.“

sind hierbei zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln 5332/2010

Stellvertretende Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung, d.h. Standort D, mit der Ergänzung gemäß Anlage 10 zur Abstimmung zu stellen. Zudem sollte bei der Festlegung der Endhaltestelle darauf geachtet werden, dass keine Präjudizien geschaffen werden, die einer möglichen Weiterführung der Bahnlinie nach Meschenich entgegenstehen bzw. die diese nur noch durch Überführung über den Kreisel ermöglichen würde. Für diese spätere Entscheidung sollten vielmehr alle Optionen offen gehalten werden. Auch die beiden vorletzten Haltestellen müssen so angelegt werden, dass sie möglichst günstig für die Anwohner einerseits und für die Nutzer der P+R-Anlage andererseits zugänglich seien.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert auf Nachfrage des RM Möring, dass die bisherige Überlegung darin bestanden habe, die Endhaltestelle unmittelbar nördlich des Verteilerkreises anzulegen. Bei einer etwaigen Verlängerung der Bahnlinie müsse dann jedoch die Haltestelle bei beiden vorgeschlagenen Varianten verlagert werden. Eine weitere Möglichkeit bestehe hingegen darin, die Haltestelle Richtung Norden – in etwa bis zur Lindenallee – zu verschieben. Dies sei allerdings noch nicht abschließend geprüft worden; insbesondere die Frage der Busverknüpfung, d.h. des erforderlichen Wendens des Busses, erscheine bei diesem Standort kompliziert. Bei einem positiven Prüfergebnis werde diese Lösung jedoch sicherlich weiterverfolgt.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, fügt klarstellend hinzu, dass die Zuwegung von den Bus- zu den Stadtbahnhaltestellen problematisch erscheine. Bei einer Verlegung nach Norden müssen die Fahrgäste der Busse immer eine vielbefahrene Fahrbahn queren.

Da keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, stellt Frau dos Santos Herrmann den eingangs gemachten erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung den Standort D als P+R-Anlage bei den weiteren Planungen zur 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn zu berücksichtigen. *Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Endhaltestelle Richtung Norden verschoben werden kann, um alle Optionen für eine etwaige spätere Verlängerung der Bahnlinie nach Meschenich offen zu halten.*

Im weiteren Verfahren soll eine Bürgerinformation durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion zugestimmt

4.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; Straßenerhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet 0368/2011

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann stellt den Verwaltungsvorschlag mit den abweichenden Beschlüssen der Bezirksvertretungen zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet für das Jahr 2011 ff (entsprechend der Anlagen für die Bezirke 1 – 9) fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Die Verwaltung wird gebeten, die abweichenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen

Porz

„Die Bezirksvertretung Porz bittet den Rat erneut darum, bei der Fortführung der Planungen für den Bezirk Porz zusätzlich die Straße im Wasserschutzgebiet II K22, Verbindung zwischen Zündorf und Langel, in die Generalsanierung auf zu nehmen.

Um eine Gefährdung des Kölner Trinkwassers zu vermeiden und vor zu beugen bittet die Bezirksvertretung Porz vorrangig alle Straßen in den Wasserschutzzonen instand zu setzen und die Liste der Generalinstandsetzung darauf zu überprüfen. Hierbei sind die Arbeiten zügig nach der Einteilung der Wasserschutzzonen I, II und III ab zu arbeiten.

Es gehören vorrangig die Bereiche Langel (alle Straße liegen im der WSZ II), Zündorf Süd (alle Straße liegen in der WSZ II), Westhoven (alle Straße liegen im der WSZ II teilweise Wasserschutzzone I), und Leidenhausen (Mauspfad/ Hirschgraben teilweise Wasserschutzzone I) dazu.

Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung, folgende aufgelisteten Straßen in den Bedarfsfeststellungsbeschluss mit aufzunehmen:

1. *Ensen: Gilgaustraße von Kölner Straße bis Gartenstraße*
2. *Lind: Kitschburgerstraße von Viehtrift bis Scheuermühlenstraße, Am Linder Kreuz von Autobahnbrücke bis Viehtrift*
3. *Wahn: westlicher, kleiner, stark frequentierter Teilbereich der Wilhelm-Ruppert-Straße am Altenzentrum St. Josef, Frankfurter Straße von Am Krausbaum bis Haus Nr. 79*
4. *Wahnheide: Barbarastraße vom Kreisverkehr Nachtigallenstraße/ Rolandstraße bis zur Mischverkehrsfläche (ausgenommen der östlichen Sackgasse), östlicher Teil der Scheuermühlenstraße (Fahrbahnabsackung und -aufwölbung)*
5. *Wahnheide: Kreisverkehr Nachtigallenstraße/ Rolandstraße inkl. Fußgängerüberwege (Zebrastreifen)*
6. *Westhoven: Stollwerckstraße, inkl. Einrichtung durchgehender Bürgersteig*

Da es sich um Maßnahmen handelt, die aus verkehrssicherungstechnischer Hinsicht erforderlich sind, soll eine Umlegung der Kosten nach KAG vermieden werden.

Ferner beauftragt die Bezirksvertretung Porz die Verwaltung, eine Prioritätenliste zur Sanierung von Fuß- und Radwegen für die Jahre 2011ff zu erstellen und der Bezirksvertretung Porz vor zu stellen. Hierbei sind Gebührenbelastungen der Bürgerinnen und Bürger nach dem KAG soweit möglich zu vermeiden und ansonsten detailliert aufzulisten.“

Ehrenfeld

„Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, die Arbeiten an der Maßnahme BM-Nr.

30278 Wilhelm-Mauser-Straße den Maßnahmen BM-Nr. 29425 Vitalisstraße und 29426 Bachstelzenweg vorzuziehen, damit die Wilhelm-Mauser-Straße auf jeden Fall saniert wird, auch wenn die Wetterverhältnisse die Arbeit verzögern oder die Finanzmittel knapp werden sollten.“

Kalk

„Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung die Maßnahme 31333 „Fahrbahnstandsetzung Stadtautobahn vom Autobahnkreuz Köln-Ost bis Ausfahrt Köln-Buchforst“ bis zum Widerlager Zoobrücke, mindestens aber bis zur Kalk-Mülheimer Straße zu verlängern und die Finanzierung sicher zu stellen.“ und

Innenstadt

„Nach intensiver Diskussion stellt die BV von der Anlage 1 die Positionen 31259 (Hardefuststraße) und 31733 (Roonstraße) zurück mit der Maßgabe, dass im Wettbewerb mit den von den BV-Mitgliedern noch zu benennenden weiteren Sanierungsmaßnahmen zunächst eine Prioritätenliste erstellt wird.“

zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.6 Einrichtung einer eigenen Grünphase für den Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße 0608/2011

RM Möring merkt an, dass der CDU-Fraktion die Konsequenzen der jetzt vorgelegten Lösung noch zu unklar erscheinen. Die Kreuzung werde vom Radverkehr sehr stark frequentiert und insofern sei es auch von Interesse, welche Konsequenzen die Radverkehrsführung haben werde. Ggf. sollte die Beschlussfassung zu Gunsten dieser Prüfung noch zurückgestellt werden.

Auch RM Kirchmeyer merkt an, dass es sich hier um eine schwierige Kreuzung handle. Die Aufgabe des Rechtsabbiegers halte sie für sehr problematisch und lasse Staus befürchten. Sie könne sich stattdessen vorstellen, den Kreuzungsbereich entsprechend der Ecke Universitätsstraße/Aachener Straße oder Ehrenfeldgürtel/Subbelrather Straße an der Sparkasse zu gestalten.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass der derzeit bestehende Rechtsabbieger für Radfahrer sehr unfallträchtig sei und die Verwaltung daher alternative Gestaltungsmöglichkeiten untersucht habe; der von RM Kirchmeyer angesprochene freilaufende Rechtsabbieger hingegen nicht. Die Frage von RM Möring aufgreifend merkt er an, dass die Verwaltung von der Funktionalität der dargestellten Lösung grundsätzlich überzeugt sei. Ggf. können bei Bedarf kleinere Anpassungen – beispielsweise in Form einer kurzen Rechtsabbiegerspur - vorgenommen werden.

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann und RM Möring schlagen abschließend vor, die Ausführungsplanung heute zu beschließen und von der Verwaltung im weiteren Verfahren eine sorgfältige Prüfung zu erbeten.

Herr Harzendorf sagt zu, frühest möglich eine Zwischenmitteilung über die weiteren Prüfergebnisse sowie zu gegebener Zeit den Baubeschluss vorzulegen.

Geänderter Beschluss:

Zur Beseitigung des Unfallhäufungspunktes Dürener Straße/Gürtel beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung – *unter Berücksichtigung der heutigen Diskussionsbeiträge* - die Ausführungsplanung gemäß Anlage 1 zu erstellen, den Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße Fahrtrichtung Westen mit einer eigenen Phase zu versehen und die Finanzierung sicher zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.7 Gemeinsamer Geh- und Radweg auf dem Parkgürtel im Abschnitt zwischen Nußbaumerstraße und BAB 57 1405/2011

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass die Bezirksvertretung Ehrenfeld im Grunde genommen die Alternative – Ausbau eines baulichen Radweges – sowie die bauliche Ausführung des Sicherheitsstreifens beschlossen habe. Er macht darauf aufmerksam, dass unterhalb des Streifens jedoch eine Gasleitung liege und die Versetzung eines Bordsteines sehr hohe Kosten verursache; insofern habe die Verwaltung lediglich eine Markierung des Sicherheitsstreifens vorgeschlagen. Er könne jedoch anbieten zu prüfen, ob die Umsetzung des BV-Beschlusses möglich und mit welchen Kosten dies verbunden wäre.

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann begrüßt diesen Vorschlag, bittet jedoch, die Bezirksvertretung anschließend nochmals mit einzubeziehen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.8 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt 4845/2010

RM Tull nimmt Bezug auf die erweiterte Beschlusslage der Bezirksvertretung Innenstadt und bittet die Verwaltung, diese eingehend zu prüfen und eine Stellungnahme vorzulegen. Die Beschlussfassung sollte daher heute zurückgestellt werden.

Zudem sei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Aussagen der Verwaltung zur Radverkehrsführung nicht einverstanden. Es gehe nicht darum, eine durchgehende Radwegverbindung über die gesamte Nord-Süd-Fahrt zu schaffen sondern vielmehr zwischen Komödienstraße und Brüderstraße einen Radweg anzulegen. Die Darstellungen der Verwaltung seien nicht stimmig; die aufgeführten Verbindungen führen beispielsweise durch stark frequentierte Fußgängerzonen.

Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann fügt ergänzend hinzu, dass auch noch der Vorschlag im Raum stehe, die in Rede stehende Maßnahme zusammen mit der Front des Opernplatzes zu betrachten. Sie bitte die Verwaltung um Auskunft, ob die Beschlussfassung daher geschoben werden könne, bis die Verwaltung auch in dieser Frage etwas weitergehender geplant habe.

BG Streitberger teilt mit, dass der Offenbachplatz separat beplant werde; diese Planung laufe derzeit im Rahmen des Projektes. Eine Vorstellung der Planungen bereits in der kommenden Sitzung sei nach seiner Einschätzung nicht möglich. Er verwehre sich nicht gegen eine Vertagung, macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Verwaltung – wie auch in der vergangenen Sitzung ausgeführt - baldmöglichst eine Lösung für diesen Knotenpunkt benötige.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.9 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Buslinie auf der Inneren Kanalstraße/Universitätsstraße - Bewertung und Verlängerung 1382/2011

Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann merkt an, dass die SPD-Fraktion den Vorschlag der FDP-Fraktion mittrage, jedoch die Anbindung an das Stadion Lentstraße als dringender ansehe.

SE Vietzke wirft die Frage auf, wie weit die Planungen für die zusätzliche Haltestelle an der Dürener Straße und für die Aufhebung des freilaufenden Rechtsabbiegers gediehen seien.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass die Planungen noch nicht zum Abschluss gebracht werden konnten. Die Bezirksvertretung und der hiesige Ausschuss werden jedoch zu gegebener Zeit informiert.

RM Tull möchte wissen, ob die seiner Zeit provisorisch angelegten Haltestellen nunmehr endgültig fertig gestellt werden.

Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, bestätigt dies; die Mittel hierzu würden der ÖPNV-Pauschale entnommen.

Geänderter Beschluss (Verwaltungsvorschlag mit Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion):

Der Verkehrsausschuss spricht sich auf Basis der vorgelegten Untersuchung für die Beibehaltung der mit Fahrplanwechsel Dezember 2009 veränderten Linienführung der Buslinie 142 aus.

Er beschließt zudem die Erweiterung der Linie 142 in Richtung Süden gemäß Variante C.2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Linienenerweiterung in Zusammenarbeit mit den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) zum Fahrplanwechsel Dezember 2011 umzusetzen. Parallel hierzu wird die Linie 138 auf den Abschnitt Südfriedhof – Güterverkehrszentrum reduziert.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen neuen Haltestellen rechtzeitig - zunächst provisorisch - einzurichten. Für die diesbezüglichen Kosten in Höhe von rund 60.000 Euro stehen Mittel aus der ÖPNV-Pauschale nach §11 (2) ÖPNVG NRW zur Verfügung. Der barrierefreie Ausbau der Haltestellen des Linienabschnitts der Buslinie 142 südlich der Aachener Straße soll zeitnah geplant und umgesetzt werden.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung gleichzeitig mit der Aufnahme der sich durch die Verlängerung der Linie 142 ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzie-

rungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme der neuen Linie.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verlängerung der Linie 142 im Norden erneut zu prüfen. Dabei soll insbesondere die Erschließung neuer Ziele (z.B. Finanzamt Köln-Nord, Neusser Straße im Agnesviertel, Lentpark...) und die Verknüpfung mit bestehenden Stadtbahnlinien (z.B. am Ebertplatz) untersucht werden. Dem Verkehrsausschuss und den Bezirksvertretungen Innenstadt und Nippes sind entsprechende Vorschläge mit der dazugehörigen Kosten-Nutzen-Rechnung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.10 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln hier: Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Süd 1596/2011

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann merkt an, dass es nach wie vor das nicht gelöste Problem der schnellen Anbindung Meschenichs an die Schiene über Hürth-Kalscheuren gebe. Dies sei u.a. in der Tarifproblematik bei Überschreiten der Stadtgrenze und in der Erreichbarkeit des Bahnhalt punkts durch den Bus begründet. Die SPD-Fraktion werde der Verwaltungsvorlage zwar zustimmen, eine wirklich gute und zufriedenstellende Lösung für den Stadtteil Meschenich sei dies jedoch nicht. Ergänzend möchte sie noch wissen, wie die Nachfrage zwischen Meschenich und der Innenstadt auf der Buslinie 132 sei, d.h. wie viele Einsteiger es auf dieser Strecke in die Stadt gebe.

Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, führt hierzu aus, dass die Einsteigerzahlen grob wie folgt aussehen: Kölnberg 850 Einsteiger pro Tag, in Rondorf pro Haltestelle ca. 100 mit Ausnahme Lerchenweg; dort 250, Arnoldshöhe bis Gaedestraße jeweils ca. 200-250, Bonner Straße/Gürtel 600, Caesarstraße 100, Mannsfeld 400 sowie Chlodwigplatz 750.

RM Möring nimmt Bezug auf die sehr ungünstigen Abfahrtszeiten des Schienenverkehrs von Hürth-Kalscheuren nach Köln sowie auch in umgekehrter Richtung und bittet um Mitteilung, ob die Stadt hier die Möglichkeit sehe, Einfluss zu nehmen. Dies wäre mehr als wünschenswert.

Herr Dörkes bezweifelt dies stark, da die Fahrplantrassen im Bahnknoten Köln sehr eingeschränkt und hier gleich zwei Trassen, die aus Euskirchen und die aus Bonn, betroffen seien. Nichtsdestotrotz plane der NVR sein Nahverkehrsnetz langfristig für die nächsten Jahre – bis 2030 – und dieses sehe durchaus einen Ausbau auf der Verbindung nach Bonn vor. In diesem Zuge mache es Sinn, den Haltepunkt Kalscheuren mit einem vertakteten Busangebot anzubinden.

RM Möring bittet die Verwaltung trotzdem, beim NVR die Frage der besseren Vertaktung der Regionalbahnen zu thematisieren.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Süd in Abstimmung mit den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) gemäß den Ausführungen in Abschnitt 3 zum Fahrplanwechsel Dezember 2011 anzupassen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.11 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Änderung der Führung der Buslinien 160 und 162 nach Fertigstellung der Nordanbindung Bf. Wahn
1595/2011**

SE Joisten beantragt für die SPD-Fraktion, eine Ergänzung dahingehend zu beschließen, dass nach dem Verwaltungsvorschlag eingefügt wird:

„Dabei soll abweichend von Abbildung 2 die Endhaltestelle der Buslinie 160 an der Haltestelle Linder Mauspfad eingerichtet werden.“

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss spricht sich für die Änderung der Führung der Buslinien 160 und 162 in Wahnheide/Lind gemäß Abbildung 2 aus und beauftragt die Verwaltung, diese in Zusammenarbeit mit den Kölner Verkehrs-Betrieben zum nächstmöglichen Fahrplanwechsel umzusetzen, sobald eine Befahrung der Nordanbindung durch Linienbusse ermöglicht werden kann. *Dabei soll abweichend von Abbildung 2 die Endhaltestelle der Buslinie 160 an der Haltestelle Linder Mauspfad eingerichtet werden.*

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.12 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über Markierungsarbeiten
1585/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für Markierungsarbeiten als Folge von Baumaßnahmen auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.13 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung und Montage von Fahrradständern
1742/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Lieferung und Montage von Fahrradständern fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.14 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages Schutz- und Leiteinrichtungen 1746/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für den Zeitvertrag Schutz- und Leiteinrichtungen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.15 Beseitigung Unfallhäufungspunkt Hültzstraße/Stadtwaldgürtel 1748/2011

RM Tull äußert ihre Befürchtung, dass die vorliegende Planung immense Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern mit sich bringe, da die Fußgängerströme zwischen den Haltestellen sehr groß seien. Stattdessen schlage sie vor, den Radverkehr bereits frühzeitig auf die Straßen zu lenken und geradeaus über die Kreuzung zu führen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass dies sicherlich möglich wäre, es dann jedoch einen Konflikt mit dem Rechtsabbieger gebe.

BG Streitberger bittet zu Bedenken, dass sich die Verwaltung in diesem Bereich um eine sehr klare Vereinfachung bemühe und er nachdrücklich für den Verwaltungsvorschlag werbe. Gleichwohl sagt er zu, die Anregung von RM Tull zu prüfen und im 2. Beratungsgang des Ausschusses zu berichten.

Für die FDP-Fraktion schließt sich RM Kirchmeyer den Bedenken der Verwaltung an, zumal an anderen Stellen des Stadtgebietes die Gefahrensituationen mit Rechtsabbiegern aktuell beseitigt werden. Auch befürchte sie Widerstand der Anwohner Friedrich-Schmidt-Straße zwischen Gürtel und Hültzplatz, da keine Einbiegemöglichkeit mehr vom Gürtel in die Hültzstraße bestehe. Geklärt werden müsse auch noch, wie die Taxen von der Hültzstraße wieder auf den Gürtel gelangen.

Herr Harzendorf räumt ein, dass dieser Aspekt noch nicht abschließend in den Planungen dargestellt sei, eine Durchfahrt der Taxen durch das Viertel werde jedoch ausgeschlossen. Hinsichtlich der Führung des Radverkehrs weist er abschließend darauf hin, dass der Radfahrer bisher immer über die Fahrbahn in die Hültzstraße gelangen konnte. Zukünftig sei dies ausgeschlossen, so dass für ein Teilstück ein Zweirichtungsradschwergeweg angelegt werden müsse.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit Wortbeiträgen in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.16 Verwendung der Stellplatzablösemittel
Hier: Tiefgarage Börsenplatz in Köln-Altstadt/Nord
1972/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, für die aus Stellplatzablösemitteln geförderten 192 Stellplätze in der Tiefgarage Börsenplatz gegen Rückerstattung der Zuwendung in Höhe von 393.000 € die Nutzungsbindung zugunsten der Öffentlichkeit aufzuheben.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Eigentümer der Tiefgarage einen entsprechenden Zusatzvertrag abzuschließen.

Die Rückerstattung der Zuwendung in Höhe von 393.000 € wird dem Stellplatzbudget zugeführt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.17 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn , ÖPNV
Sanierung der Bahnsteigkanten an den Haltestellen Slabystraße, Linie 13
und Linie 18
2055/2011**

Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann merkt an, dass es sich hier zwar lediglich um eine Sanierungsmaßnahme handele, die Herstellung eines barrierefreien Zwischenzustandes jedoch sehr wünschenswert wäre.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, erwidert, dass dies bereits im Vorfeld geprüft wurde und das Prüfergebnis jedoch bedauerlicher Weise – aus den verschiedensten Gründen – negativ ausgefallen sei. Die in Rede stehende Sanierungsmaßnahme sei jedoch unabdingbar und müsse zwingend umgesetzt werden.

RM Tull zeigt sich nicht zufrieden mit diesen Äußerungen. Sie weist darauf hin, dass die SBK in unmittelbarer Nähe liegen und die Herstellung der Barrierefreiheit – auch die der Zuwegung - oberste Priorität haben sollte.

BG Streitberger räumt ein, dass der Zustand der Haltestelle in der Tat sehr unbefriedigend sei. Es könne jedoch nicht auf die umgehende Sanierung der Bahnsteigkanten verzichtet werden; alternativ müsse die Haltestelle geschlossen werden, da der Verfall sehr weit fortgeschritten sei. Hinsichtlich der Barrierefreiheit verweist er auf die derzeit im Beratungsgang befindliche Prioritätenliste der Verwaltung, dieser könne die Frequentierung der Haltestelle entnommen werden. Er bitte den Ausschuss nachdrücklich, der Sanierung heute zuzustimmen.

Frau dos Santos Herrmann merkt an, dass die SPD-Fraktion der Maßnahme sicherlich nicht widersprechen werde, sie die Verwaltung jedoch eindringlich bitte, schnellstmöglich eine weitere Verbesserung in Angriff zu nehmen.

RM Tull schließt sich dieser Forderung an und bittet die Verwaltung nochmals zu prüfen, ob im Rahmen der Sanierung ein barrierefreier Einstieg – beispielsweise mit einer einfachen, provisorischen Holzkonstruktion – ermöglicht werden könne.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Sanierung der Bahnsteigkanten an den Haltestellen Slabystraße zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 326.000,00 Euro. Die Mittel stehen im Doppelhaushalt 2010/2011, Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.18 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Planungsbeschluss zum Neubau Brücke Ginsterberg in Köln Weidenpesch 2057/2011

RM Möring möchte angesichts der Problematik bei einem Neubau der Brücke wissen, welche verkehrliche Bedeutung diese habe. Ihm stelle sich die Frage, ob sie in der neuen Form zwingend benötigt werde.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet, dass die Brücke vor dem Aufbau der Behelfsbrücke einige Wochen gesperrt war und dass es in dieser Zeit zu starken Protesten aus dem Bezirk, insbesondere den Schulleitern und Eltern, gekommen sei. Im Einzugsbereich der Brücke liegen zum einen eine Förderschule und zum anderen eine Hauptschule, so dass er empfehle, die Beratung und Beschlussfassung in der Bezirksvertretung abzuwarten. Die Alternative für die Schüler sei ein Bahnübergang, der zwar beschränkt sei, aus Sicherheitsgründen jedoch abgelehnt werde.

RM Tull weist darauf hin, dass auch Radfahrer die Brücke nutzen und regt an, die Auf- und Abfahrten der Brücke in diesem Zusammenhang mit zu optimieren, d.h. zu asphaltieren, da sie andernfalls durch starke Erosion zu erheblichen Sicherheitsproblemen führen.

Auf Frage des SE Vietzke bestätigt Herr Neweling abschließend, dass die Rampen barrierefrei – ohne Zwischenpodeste – errichtet werden und sagt zudem zu, die Anregung von RM Tull zu prüfen. Es müsse jedoch bedacht werden, dass sich die Brücke in einem Landschaftsschutzgebiet befinde.

Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung für den Neubau der „Ginsterbergbrücke“ in Köln-Weidenpesch die Finanzierung sicherzustellen, erforderliche Genehmigungen zu beantragen bzw. entsprechende Vereinbarungen zu schließen und die Maßnahme bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Die erforderlichen Planungsmittel in Höhe von 26.000 € stehen im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2011, bereit.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung 5 (Nippes) uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.19 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn , ÖPNV
Jahresvertrag Granitplatten Roncalliplatz
2107/2011**

RM Wolter meldet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Beratungsbedarf an und bittet daher um Vertagung. Hintergrund sei eine bestehende Beschlusslage im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (AVR) zu verkehrsregulierenden Maßnahmen und die hierzu noch ausstehende Verwaltungsvorlage, die bereits im Mai erwartet wurde. Solange diese nicht zur Beratung vorliege, möchte seine Fraktion über die hier Vorliegende auch nicht entscheiden.

RM Kirchmeyer wirft die Frage auf, ob auch kleinformatige Platten verlegt werden könnten, da der Platz häufig von schweren Lkw's befahren werde und die großen Platten durch diese Drucklast relativ schnell brechen.

Bezug nehmend auf frühere Diskussionen zu dieser Problematik schließt RM Wolter die Frage an, wie hoch die von den Schadensverursachern zu erstattenden Kosten seien.

RM Thelen möchte wissen, warum die Verwaltung Fußgänger mit zu den Belastungen zähle.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, klärt auf, dass dies im Zusammenhang mit den Veranstaltungen zu sehen sei; dann stünden durchaus 4-5 Personen auf 1 m². Die Plattengröße schätze er auf ca. 1,20 m x 0,50/0,60 m. Der Konstruktionsmangel habe jedoch von Anfang an bestanden. Der Aufbau sei zu gering und nach heutigen Richtlinien auch nicht mehr zulässig. Das Anheben der Platzfläche oder auch nur einzelner Teile, um dieses Problem zu beheben, sei jedoch nicht möglich. Das größte Problem stelle, wie bereits häufiger ausgeführt, der nicht angemeldete Schwerlastverkehr dar, der die entsprechenden Schilder – max. 10 t zulässig – ignoriere. Die von Herrn Wolter erbetene Kostenaufstellung könne er in der nächsten Sitzung vorlegen.

BG Streitberger weist abschließend darauf hin, dass die Verwaltung derzeit intensiv mit dem Heinrich-Böll-Platz beschäftigt sei und dort dringend eine Absperrung vornehmen möchte. Die Absperrung Roncalliplatz gestalte sich leider etwas schwieriger, er spricht in diesem Zusammenhang das Beispiel Anlieferung Dom-Hotel an, so dass er keine Zusage für die kommende Sitzung des AVR geben könne. Die Verwaltung werde es dennoch versuchen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.20 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Grunderneuerung der Straßenbrücke Gleueler Str.
2056/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Grunderneuerung der Straßenbrücke Gleueler Str. bei Gesamtkosten in Höhe von rd. 770.000,00 EURO zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Gleichzeitig beschließt der Finanzausschuss die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe der Gesamtkosten bei der Finanzstelle 6901-1202-3-0220, Grunderneuerung Brücke Gleueler Str., Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen -; Hj. 2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.21 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens für die Erneuerung von Lichtsignalanlagen
hier: Streckenzug Wilhelm-Sollmann-Straße und Johannes-Rings-Straße
2365/2011**

RM Tull erinnert an den Grundsatzbeschluss des hiesigen Ausschusses, keine Anforderungsampeln mehr zu errichten. Zudem bitte sie um Mitteilung, ob bei der Programmierung der LSA und der baulichen Tätigkeit Optimierungen für den Radverkehr – beispielsweise bei den Aufstellflächen an den Kreuzungen – vorgenommen werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bestätigt dies, soweit Anpassungen vorgenommen werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Erneuerung von Lichtsignalanlagen im Zuge des Streckenzuges Wilhelm-Sollmann-Straße und Johannes-Rings-Straße fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.22 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Erste Teilumsetzung des Ratsbeschlusses zum "KVB-Nachtverkehr" vom 26.05.2011
2362/2011**

RM Tull zeigt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr erfreut über die zügige Arbeit der Verwaltung. Problematisch erscheinen ihr jedoch die entsprechenden Erläuterungen in der Verwaltungsvorlage. Ihre Fraktion sei davon ausgegangen, dass das Rendezvous-System bei einer nächtlichen Taktverdichtung am Wochenende hinfällig werde; die Verwaltung wolle dies hingegen beibehalten. Sie sehe das sehr kritisch, da es an einigen Stellen zu unverhältnismäßigen Wartezeiten führe und dies sei

nicht Sinn der Sache. Sie bitte die Verwaltung, einen Fahrplan-Vorschlag sowohl mit als auch ohne Rendezvous-System vorzulegen.

Für die CDU-Fraktion erachtet RM Möring diesen Vorschlag für sehr sinnvoll. Er möchte jedoch auch das Thema Kostendeckung ansprechen. Die entstehenden Mehrkosten durch einen einmaligen Aufschlag bei der Tarifierhöhung 2012 auszugleichen, sei offensichtlich nicht praktikabel, da außerhalb von Köln keine Bereitschaft hierzu vorhanden sein werde. Ähnliches gelte für Ticketsysteme, die nicht stadtbezogen seien wie beispielsweise Semestertickets. Sinnvoll wenngleich ein wenig aufwändig erscheine ihm, die Nutzer direkt in Anspruch zu nehmen, indem der Nachzuschlag unmittelbar vor dem Einsteigen am Automaten bezahlt werden müsse. Den verstärkten Nachtverkehr zunächst für ein Jahr ohne Zusatzkosten anzubieten, halte er hingegen für wenig Ziel führend, da ein Aufschlag nach einem Jahr ohne größere Angebotserweiterungen kaum Akzeptanz finden werde. Er bitte die Verwaltung daher, nochmals über die Frage nachzudenken, wie hoch die Mehrkosten sein werden, in welchem Umfang und wie die Kostendeckung erfolgen solle.

Stellvertretende Vorsitzende dos Santos Herrmann schließt sich den Ausführungen des RM Tull an. Auch die Frage der Finanzierung des Nachtverkehrs zum 01.01.2012 möchte ihre Fraktion noch offen lassen, diesen Aspekt sehe sie gänzlich anders als die CDU-Fraktion. Sie weist darauf hin, dass der beschlossene Ratsantrag aus zwei Stufen bestehe, zum Einen die Verdichtung am Wochenende im Nachtverkehr und zum Anderen eine entsprechende Verbesserung in der Woche zwischen 23 und 01 Uhr. Die in Rede stehende Verwaltungsvorlage beinhalte jedoch lediglich die 1. Stufe und nicht das Gesamtpaket. Ihre Fraktion möchte daher noch keinen Beschluss zur Finanzierung fassen, sondern schlage vielmehr vor, die 1. Stufe zum Dezember-Fahrplanwechsel zu beschließen und zudem alle Beteiligten zu bitten, nun auch die 2. Stufe zu planen und hierfür einen Realisierungsvorschlag zu machen.

Auf Antrag von RM Möring erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 17.15 Uhr bis 17.19 Uhr.

RM Möring beantragt, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Auf Einwand von Frau dos Santos Herrmann, dass der hiesige Ausschuss entscheidungsbefugt sei, merkt BG Streitberger an, dass der Rat die Entscheidung an sich ziehen könne und dies somit zulässig sei.

RM Tull hat gegen diesen Verfahrensvorschlag keine Bedenken, bittet die Verwaltung allerdings noch, zu den heute aufgeworfenen Fragen und Bedenken hinsichtlich des Rendezvous-Systems Stellung zu beziehen.

Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, teilt abschließend mit, dass die von ihr erbetene Gegenüberstellung selbstverständlich noch vorgelegt werde, wenn die 2. Stufe für den Verkehr zwischen 23 und 01 Uhr zur Entscheidung anstehe. Die Verwaltung wollte das Rendezvous-System jedoch nicht frühzeitig ohne umfassende Prüfung im Rahmen der 1. Stufe auf den Prüfstand stellen, da es durchaus seine Vorteile habe.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.23 Veräußerung des Grundstückes Sülzgürtel 47 (ehem. Kinderheime); hier: Gesamtkoordination der Erschließungsmaßnahmen 2503/2011

BG Streitberger erläutert kurz die wesentlichen Details der als Tischvorlage verteilten Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Beauftragung eines externen Ingenieurbüros zur Gesamtkoordination der Erschließungsmaßnahmen auf dem Gelände der ehemaligen Kinderheime in Köln-Sülz, Sülzgürtel 47 zu.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf den Vergabevorbehalt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV 3379/2010

RM Möring nimmt Bezug auf die ergänzenden Anlagen 18 und 19, in denen die Verwaltung dankenswerter Weise ihre Überlegungen zu den Anregungen des hiesigen Ausschusses dargelegt habe. Sofern die Verwaltung den Vorschlag des studentischen Ideenwettbewerbs für umsetzbar halte, schlage er vor, dies heute so zu beschließen.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, bestätigt dies; es bestehe die Wahl zwischen einer Semesterarbeit, ca. vier Monate, und einem Workshop, ca. zwei Monate.

Stellvertretende Vorsitzende dos Santos Herrmann schlägt vor, diese Entscheidung der Verwaltung zu überlassen und stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der vorgesehene Planungswettbewerb für eine barrierefreie Anbindung der Südbrücke wird ausgesetzt.

Stattdessen ist mit geeigneten Instituten der Universität oder den Fachhochschulen zunächst ein studentischer Ideenwettbewerb (Semesterarbeit oder Workshop) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.2 Umgestaltung des Ebertplatzes
hier: Planungsbeschluss für die Anpassung der vorhandenen Ingenieur-
bauwerke als vorbereitende Maßnahmen für die Umgestaltung des E-
bertplatzes auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans
4602/2010**

Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung ohne Votum in den Rat verwiesen.

**5.3 217. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt
Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8
Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1485/2011**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**5.4 Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Waldecker Straße in Köln-
Buchforst
1364/2011**

RM Tull berichtet, dass die BV Mülheim nach ihren Informationen die Markierungen für Radfahrer an den Ampeln nicht nur nach vorne sondern vielmehr auch quer über die Fahrbahn gezogen haben möchte. Insbesondere an der Ecke Heidelberger Straße sei dies auch aus ihrer Sicht sehr sinnvoll.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass dies auch so vorgesehen sei. Es gebe grundsätzlich zwei übliche Varianten: Die vorgezogene Haltelinie in der Breite eines Schutz- oder Radfahrstreifens werde angelegt, wenn der Radfahrer in eine Richtung weiterfahre; die Haltelinie quer über die gesamte Fahrbahn – der sog. „aufgeblasene Radweg“ – werde angelegt, wenn der Radfahrer auch links abbiegen könne. Im vorliegenden Fall sei in eine Richtung das Linksabbiegen möglich, so dass die Markierung über die gesamte Breite gezogen werde, aus der anderen Richtung hingegen werde nur die schmale Markierung aufgebracht, da dort das Linksabbiegen nicht erlaubt sei.

Zum Wunsch der Bezirksvertretung nach einer Querungshilfe in Form eines Zebra-streifens könne er noch keine Auskunft geben; dies müsse die Verwaltung erst prüfen. Sofern dies rechtlich möglich sei, werde die Verwaltung die Anregung aber selbstverständlich umsetzen.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

"Der Rat beauftragt die Verwaltung die Waldecker Straße auf Basis der vorgelegten Ausführungsplanung (Anlage 1) nach Sicherstellung der Finanzierung umzugestalten."

Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, die Anregung der BV Mülheim

„Dabei ist die Querungshilfe am Stadtteilzentrum (Nähe Eulerstr.) als Zebrastrreifen zu gestalten.“

zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.5 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Margareta-
straße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächti-
gungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Le-
naupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hj. 2011
1679/2011**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet, dass er nach der letzten Ausschuss-Sitzung erneut das Gespräch mit der GAG-Geschäftsführung gesucht habe. Diese sei jedoch nicht von ihren Einwänden gegen die zur Diskussion stehende Öffnung der Zuwegung abgewichen und habe auch dargelegt, dass es sich um langfristige Mietverträge handele. Er sei sich bewusst, dass dies den hiesigen Ausschuss nicht zufrieden stelle, er bitte jedoch eindringlich um ein Votum in der heutigen Sitzung, damit das Verfahren nicht weiter verzögert werde. Sofern die Forderung nach einer Öffnung des Weges aufrecht erhalten werde, müsse die Verwaltung strittig in das Verfahren gehen und es müsse zudem ein Erörterungstermin durchgeführt werden, der das Verfahren um Wochen oder Monate verzögern werde.

RM Kron möchte für die SPD-Fraktion die Maßnahme nicht aufhalten und signalisiert Zustimmung; gleichwohl drückt er erneut seinen Ärger über die Historie dieser Maßnahme aus.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert RM Tull ihren Unmut über die Haltung der GAG; deren Ansichten seien sehr merkwürdig und in keiner Weise nachvollziehbar. Ggf. müsse nun über andere Lösungswege – beispielsweise über einen Grundstücksankauf durch die Liegenschaftsverwaltung – nachgedacht werden. Sie bitte die anwesende Verwaltung jedoch nachdrücklich, die Haltestelle nun so zu bauen, dass auch weiterhin alle Optionen für die Zuwegung offen gehalten werden.

RM Möring legt dar, dass die CDU-Fraktion die Maßnahme trotz aller Hindernisse für gelungen halte; die Argumentation der GAG sollte akzeptiert werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist auf den ergänzenden Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld hin und erläutert, dass dieser nicht umgesetzt werden könne, zumal die Sicherheit der Radfahrer ohnehin gewährleistet sei.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann schlägt abschließend vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung i.S.d. Anlage 7 zur Abstimmung zu stellen.

Beschluss (gem. Anlage 7):

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit der Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße in Form eines Mittelbahnsteiges mit der für einen niveaugleichen Ein- und Ausstieg erforderlichen Höhe von 90 cm über SO mit städtischen Gesamtkosten

von 2.971.400,00 EUR. Zur Wahrung von Fristen darf das Ausschreibungsverfahren bereits ohne die genannten Vorbehalte eingeleitet und bis zur tatsächlichen Vergabe fortgeführt werden. Zuwendungsunschädliche Bauleistungen wie z.B. vorlaufende Leitungsverlegungen und Baufeldfreiräumung dürfen beauftragt werden.

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von 1.791.200,00 EUR aus investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.6 Erweiterter Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Amsterdamer Straße/Gürtel mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2011 bei Finanzstelle 6903-1202-5-6004, Hst. EscherStr.-Slabystr/Nord-B.anhebung und Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2010/2011 der Stadt Köln bei gleicher Finanzstelle sowie Teilsanierung des Brückenbauwerkes
1167/2011**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, weist auf den Dissens zwischen dem Rechnungsprüfungsamt (14) und seinem Amt hin; der beauftragte Architekt habe vorgeschlagen, zur besseren Begreifbarkeit und Darstellung im Stadtbild eine Effektbeleuchtung an acht Stellen jeweils über den Haltestellenschildern anzubringen, so dass das Dach von unten angeleuchtet werde. Aus Sicht von 14 sei dies jedoch nicht notwendig. Er werbe hingegen dafür, dem Architektenvorschlag zu folgen und die Kosten i.H.v. 30.000 € hierfür in Kauf zu nehmen.

Da sich kein Widerspruch ergibt, schlägt stellvertretende Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann vor, dies so festzuhalten und stellt den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Nippes der Vorlage uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich der Zustimmung des Zuwendungsgebers zur zuwendungsunschädlichen Fortsetzung der Maßnahme - mit dem Umbau der Stadtbahnhaltestelle Amsterdamer Straße/Gürtel (Hochbahn) mit städtischen Gesamtkosten von 2.415.200,00 Euro.

Der Rat stimmt der Erhöhung der investiven Auszahlungsermächtigungen für die 5-teilige Gesamtmaßnahme bei der Finanzstelle 6903-1202-5-6004, Hst. EscherStr.-Slabystr/Nord-B.anhebung in Höhe von 829.821,73 Euro zu. Die Gesamtauszahlungen betragen nun 3.473.200,76 Euro statt 2.643.379,03 Euro.

Die Bereitstellung der Mehrauszahlungen in Höhe von 990.252,90 Euro zur Finanzierung der im ersten Absatz aufgeführten Teilmaßnahme erfolgt im Wege der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlungen bei Finanzstelle 6903-1202-1-9090,

Beschleun.maßn. L12 nördl./Ast/Ringesüdl. in Höhe von 990.252,90 Euro - Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes i.H.v. 2.223.752,90 Euro bei Finanzstelle 6903-1202-5-6004, Hst. EscherStr.-Slabystr/Nord-B.anhebung - Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen im Hj. 2011.

Außerdem ist der Rat mit der Teilsanierung des Brückenbauwerkes der Hochbahn an der Haltestelle Amsterdamer Straße/Gürtel mit Gesamtkosten in Höhe von 158.000,00 Euro einverstanden.

Die Mittel für die zuvor genannte Teilsanierung stehen im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Hj. 2011 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.7 Gestaltungshandbuch für die Innenstadt von Köln/Öffentlichkeitsbeteiligung mit Bemusterung 1241/2011

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

5.8 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages Straßenabläufe 1428/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt den Bedarf für die Reparatur, Instandsetzung und Unterhaltung von Straßenentwässerungseinrichtungen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.9 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über Maßnahmen zur Straßenerhaltung 1429/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt den Bedarf für die Unterhaltung, Instandsetzung und Erhaltung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.10 218. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1928/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 218. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.11 Stadtbahnhaltestelle Chorweiler
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für die brandschutztechnische Nachrüstung
1927/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Chorweiler (BV 6) uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Planung der brandschutztechnischen Nachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Chorweiler. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung bis zur Ausschreibungsreife vorzubereiten, die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen und die Finanzierung sicherzustellen.

Der Bedarf für die brandschutztechnische Nachrüstung wird anerkannt.

Die benötigten Mittel in Höhe von 443.250 Euro stehen im städtischen Haushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2011, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.12 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Entscheidung zu den Varianten der Oberlichter an der Haltestelle Breslauer Platz sowie Übernahme der nicht zuwendungsfähigen Kosten im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
2120/2011**

RM Kron führt für die SPD-Fraktion aus, dass hier der Stadtentwicklungsausschuss der federführende Ausschuss sei; da zudem noch Abstimmungsbedarf bestehe, schlage seine Fraktion vor, die Vorlage ohne Votum weiter zu verweisen.

RM Möring regt seitens der CDU-Fraktion an, den Einbau von innen liegenden Scheinfenstern mit Beleuchtung zwecks Tageslichtsimulation in die Überlegungen mit einzubeziehen, sofern dies preisgünstig machbar sei.

Für die FDP-Fraktion weist RM Kirchmeyer darauf hin, dass die Vorlage sehr diskussionswürdig sei. Aus stadtgestalterischen Gründen wäre es sicherlich begrüßenswert, an dieser Stelle Oberlichter zu haben. Der ursprüngliche Vorschlag, die schrägen Oberlichter, sei aus ihrer Sicht der Schönste. In der heutigen Sitzung hätte ihre Fraktion Alternative 2 zugestimmt. Alternative 1 könne auf dem Wiener Platz besichtigt werden; diese Variante lehne ihre Fraktion nachdrücklich ab.

BG Streitberger sagt zu, den Vorschlag von RM Möring mitzunehmen und mit den Architekten nach einer entsprechenden Entscheidung zu erörtern. Abschließend merkt er an, dass alles, was die Verwaltung an der Oberfläche weniger mache, ein Gewinn sei. Der Stadtraum dort sei mit einer vielfältigen Einrichtung versehen; erhabene Rundlinge einzubauen sei daher nicht erstrebenswert.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.13 Neuabschluss eines Vertrages über die Benutzung städtischer Grundstücke zum Zwecke der öffentlichen Versorgung mit Fernwärme (Fernwärmegestattungsvertrag)
0898/2011**

Auf Nachfrage des RM Tull teilt BG Streitberger mit, dass auf die Nahwärme (kleinteiliges Fernwärmenetz) die Regelungen der Fernwärme angewandt werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der RheinEnergie AG einen Vertrag über die Benutzung städtischer Grundstücke zum Zwecke der öffentlichen Versorgung mit Fernwärme in der beigefügten Fassung (Anlage 1) abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.14 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz
hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011
1350/2011**

Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

**5.15 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Neubau des Fluchttreppenhauses am Tunnel Grenzstraße entsprechend
den geltenden Forderungen der RABT 2006
2109/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für den Bau des Fluchttreppenhauses am Tunnel Grenzstraße in Höhe von 3.118.500 Euro fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Mittel stehen im Doppelhaushalt 2010/2011 im Teilfinanzplanplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen - unter der Finanzstelle 6901-1202-1-0400, Fluchttunnel Grenzstr. zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Stadtbahnbeschleunigung Ost-West-Achse zwischen den Haltestellen
Moltkestraße und Heumarkt
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 15.02.2011, TOP 1.3
1511/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Auf Nachfrage des RM Wolter weist Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, nochmals darauf hin, dass es sich hier sehr wohl um eine Beschleunigungsstrecke handele; es müsse jedoch bedacht werden, dass hier viele Stadtbahnen und ein Bus verkehren und die Strecke an der Grenze ihrer Auslastung angekommen sei. Dies habe zur Folge, dass selbst kleine Störungen beispielsweise durch parkende Fahrzeuge schnell Fahrplanabweichungen verursachen. Die Vorrangschaltung sei installiert und auch in Betrieb. Im Anschluss zeigt er den Unterschied zwischen eingeschränktem und vollem Vorrang auf und benennt die entsprechenden Örtlichkeiten, die auch in der Mitteilung aufgeführt werden.

RM Wolter zeigt sich mit den Ausführungen nicht zufrieden, so dass Vorsitzende dos Santos Herrmann eine Präzisierung der Auflistung, d.h. der konkreten Streckenabschnitte, vorschlägt.

**6.2 Reinigung der Haltestelle Hansaring
Anfrage des SE Vietzke in der 16. Sitzung des Verkehrsausschusses am
22.03.2011
1777/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 6.3 Bebauungsplan Nr. 7242/02, 2. Änderung; Arbeitstitel: Airport-Business-Park (2. Änderung) in Köln-Porz-Gremberghoven
hier: Nachfragen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
15.02.2011, TOP 7.4
1814/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 6.4 Umgestaltung Breslauer Platz
hier: Anfrage des RM Sterck aus der Sitzung des Verkehrsausschusses
vom 10.05.2011, TOP 8.3
1994/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Kirchmeyer merkt kritisch an, dass es sinnvoller gewesen wäre, die Markierungen nach Abschluss der Arbeiten aufzubringen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, den Hinweis an die KVB weiterzugeben.

- 6.5 Mannheimer Straße in Köln-Ostheim
hier: Anfrage des RM Möring aus der Sitzung des Verkehrsausschusses
vom 22.03.2011, TOP 8.4
2341/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 6.6 Geschwindigkeitsreduzierungen auf dem Unnauer Weg
hier: mündliche Anfrage des RM Sterck aus der Sitzung des Ver-
kehrsausschusses vom 10.05.2011, TOP 8.4
2275/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 6.7 Mangelnde Verkehrssicherheit Leuchterstraße/Zeisbuschweg
hier: mündliche Anfrage des SE Czernik aus der Sitzung des Ver-
kehrsausschusses vom 10.05.2011, TOP 8.6
2519/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 6.8 Einsparprogramm von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Betriebsformen
hier: Fragen des SE Schmitz aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 4.2
2551/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 6.9 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des RM Möring in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 15.02.2011 zu TOP 7.5 "Ermäßigte Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel bei Schulausflügen" (Session: 0070/2011)
2541/2011**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 6.10 Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.02.2011
AN/0347/2011
hier: Gerichtsurteil zum Verkehrsvertrag zwischen DB und VRR
2640/2011**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Tätigkeitsbericht 2010 des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik
1639/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrstechnik für das Jahr 2011
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 18.01.2011, TOP 5.2
hier: Anpassung des Bedarfs von zwei 7,5 t Lkw auf zwei 12 t Fahrzeuge
1730/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.3 Ortsumgehung Zündorf durch Anbindung an die L274n
2182/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

SE Joisten möchte unterstrichen wissen, dass die Planung der L274n absolute Priorität genieße und für die gesamte Verkehrslage im Porzer Süden von immenser Bedeutung sei; er bitte die Verwaltung daher, auch weiterhin Druck auszuüben.

RM van Benthem merkt kritisch an, dass die Maßnahme seit Jahrzehnten zur Diskussion stehe und er für das Nichthandeln der Landesregierung kein Verständnis mehr habe; insofern halte er auch die nun vorliegende Stellungnahme für überflüssig.

**7.4 Bahnsteiganhebung Stadtbahnlinie 5
Haltestelle Gutenbergstraße
2142/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.5 Sachstand Stellenbesetzung für die 3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn
2358/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.6 Bahnsteiganhebung Stadtbahnlinie 5
Haltestelle Liebigstraße
2141/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Tull weist darauf hin, dass die Verhältnisse vor Ort sehr beengt seien, insbesondere die Radverkehrsführung. Sie halte daher - auch vor dem Hintergrund des großen REWE-Parkplatzes und der Tiefgarage Lukasstraße - die Planung, hier im öffentlichen Straßenraum fünf Parkplätze vorzuhalten, für falsch und dringe darauf, diese Parkplätze zu Gunsten der Nebenanlagen wegzunehmen.

RM Zimmermann erinnert an eine entsprechende Initiative der Anwohner und die gemachten Alternativvorschläge, die er unterstütze. Er bitte die Verwaltung hierzu um eine Stellungnahme.

RM Kirchmeyer zeigt sich überrascht von den Ausführungen des RM Tull; die Tiefgarage Lukasstraße gehöre zum dortigen Wohnkomplex und könne nicht zu den öffentlichen Parkplätzen hinzu gerechnet werden, der REWE-Parkplatz werde abends geschlossen. Der Parkdruck in Ehrenfeld sei immens und insofern sei eine weitere Einschränkung aus ihrer Sicht nicht akzeptabel.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, bestätigt, dass die Anregung zur Radwegführung die Verwaltung erreicht habe und diese im laufenden Planfeststellungsverfahren behandelt werde.

**7.7 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010
2178/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.8 Unfallhäufungsstellen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2010 in Köln
2437/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.9 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
2156/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.10 Optimierung des Winterdienstes für die Stadt Köln
2262/2011/1**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.11 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Severinsbrücke, Strombrücke
Erneuerung des Korrosionsschutzes der Schrägkabel und des Pylons
2192/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.12 Verkehrssituation in Köln-Meschenich
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom
28.02.2011, TOP 8.2.7
2117/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.13 Beantwortung der Anfragen aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 19.05.2011 betreffend Tagesordnungspunkt 6.1 Bebauung am Breslauer Platz - Verzögerung des Projektes durch Leitungstrassen der DB AG - Erarbeitung von Alternativen (1155/2011)
2333/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.14 Verkehrsgutachten zur Ansiedlung des Frischemarktes in Köln-Marsdorf
2600/2011**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.15 Stilllegungsmaßnahme auf der städtischen Altdeponie Linder Mauspfad Sachstand zur Verkehrsführung während der Baumaßnahme 2545/2011

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

SE Joisten erinnert an das geplante Gespräch des Herrn Oberbürgermeisters mit der Stadt Troisdorf. Er bitte um Mitteilung, ob dieses nunmehr terminiert wurde. Zudem möchte er wissen, vor welchem Hintergrund der dortige Verkehrsausschuss einen zwischenzeitlich erneuten Beschluss gefasst habe; dieser stände nach seinem Verständnis etwas zusammenhanglos im Raum.

BG Streitberger sagt zu, die Fragen an das zuständige Dezernat weiterzugeben.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Mängel bei der Ausführung von Baumaßnahmen Anfrage des RM Möring

RM Möring nimmt Bezug auf TOP 7.11, in der es um Mängel bei der Ausführung von Baumaßnahmen in früherer Zeit gehe und regt an, in derartigen Fällen künftig die entsprechende Firma zu benennen.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, sagt zu, diesen Vorschlag aufzugreifen. Im konkreten Fall habe die Verwaltung Regressansprüche wegen verdeckten Mängeln geprüft; den Firmennamen könne er adhoc nicht benennen, werde diesen aber nachreichen.

8.2 Touristische Hinweisschilder auf das Weltkulturerbe Kölner Dom Anfrage des RM Kirchmeyer

RM Kirchmeyer erinnert an den seiner Zeit gefassten Beschluss. Der Landesbetrieb Straßen NRW habe ihr im Januar mitgeteilt, dass die Schilder bis April d.J. aufgestellt sein werden; sie bitte daher um einen kurzen Sachstandsbericht.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass die Schilder in den nächsten Wochen definitiv aufgestellt werden.

8.3 LED-Lampen in der Bechergasse Anfrage des SE Vietzke

SE Vietzke berichtet, dass in der Bechergasse neue Leuchten, augenscheinlich LED-Leuchten, installiert worden seien, es sich jedoch um zwei unterschiedliche Typen handle. Er bitte um Mitteilung, ob hier eine Versuchsstrecke eingerichtet wurde.

BG Streitberger bestätigt, dass es sich in der Tat um einen Versuch auf Vorschlag der RheinEnergie handle. Derzeit sei eine Beschlussvorlage in Vorbereitung, die das Leuchtenkonzept in der Altstadt zum Inhalt habe. Einer der drei Typen, die dort vor Ort getestet werden, werde auch vorgeschlagen; seitens der Verwaltung werde die mittlere Leuchte favorisiert.

8.4 Beeinträchtigung der U-Bahn-Haltestellen durch Graffiti Anfrage des RM Tull

RM Tull erinnert an einen vor Jahren gefassten Beschluss, nach dem sichergestellt werden sollte, dass die unterirdischen Haltestellen vor Graffiti u.Ä. geschützt bzw. diese Verunstaltungen zügig behoben werden. Anlass für diesen Beschluss seien insbesondere die Zustände an den Haltestellen in Ehrenfeld gewesen. Sie könne sich nicht daran erinnern, hierzu einen Sachstandsbericht erhalten zu haben und bitte die Verwaltung eindringlich, dem nachzugehen. Die Missstände seien nach ihrer Beobachtung mittlerweile nur noch durch eine Generalsanierung zu beheben.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet, dass die Leyendecker Straße in Planung sei; hier werden auch bauliche Veränderungen vorgenommen. Bei den anderen Haltestellen handele es sich sozusagen um einen „Kampf gegen Windmühlen“. Eine schriftliche Stellungnahme werde er nachreichen.

BG Streitberger fügt ergänzend hinzu, dass es sich in Ehrenfeld auch um die künstlerisch gestalteten Haltestellen handele und diese eine besondere Oberfläche haben. Auf den gefliesten Oberflächen hingegen können und werden Graffiti relativ zügig beseitigt werden.

8.5 Express vom 23.06.2011: Interview mit dem Fahrradbeauftragten Anfrage des RM Tull

RM Tull nimmt Bezug auf die Berichterstattung im Kölner Express am 23.06.2011; demnach nutzen im Stadtbezirk Ehrenfeld 27 % der Einwohner das Fahrrad und nur 26 % das Auto. Sie bitte die Verwaltung darzustellen, auf welcher Grundlage dieses Zahlenmaterial zustande gekommen sei und wie sich die Zahlen in den anderen Stadtteilen darstellen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass es regelmäßige Erfassungen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik gebe und dies die Quelle für die genannten Zahlen sei.

Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, fügt ergänzend hinzu, dass es sich hier vermutlich um die Zahlen der in 2008 veröffentlichten Broschüre zur Haushaltsbefragung „Verkehrsverhalten“ handele. Die Verwaltung habe seiner Zeit eine entsprechende Mitteilung vorgelegt; er sagt jedoch zu, die Broschüre nochmals nachzureichen.

8.6 Zubringerstraße zum BAB-Kreuz Merheim Anfrage des RM Noack

RM Noack berichtet, dass in der gestrigen BV 9-Sitzung im Rahmen einer Anfragenbeantwortung mitgeteilt wurde, dass eine gemeinsame Informationsveranstaltung der Städte Bergisch Gladbach und Köln zum Thema „Bau der Zubringerstraße BAB Kreuz Merheim“ geplant sei. Hierzu habe er folgende Fragen:

1. Gibt es hierzu ein politisches Mandat?
2. Wann findet diese Veranstaltung statt?
3. Haben Maßnahmen der Landesstufe 2 überhaupt eine Chance auf Realisierung?
Wenn ja, wann kann damit gerechnet werden?

4. Der Zubringer auf Bergisch Gladbacher Gebiet von Gronau zur Kölner Straße ist im Landesstraßenbedarfsplan in der Ausbaustufe 1 dargestellt. Wann wird dieser ausgebaut bzw. wann wird hier seitens der Stadt Bergisch Gladbach ein Verfahren eingeleitet?
5. Der Abschnitt von der Kölner Straße zur BAB 4 auf Bergisch Gladbacher Gebiet ist wie der Abschnitt in Köln in der Ausbaustufe 2; wann ist hier mit einem Planungsbeginn zu rechnen?

Aus seiner Sicht werden hier im Grunde genommen Planungs- und Ausbaumisstände der Stadt Bergisch Gladbach bereinigt, zumal es sich nicht um hausgemachten Verkehr sondern um Bergisch Gladbacher Verkehr handele. Die EL 286n hätte seiner Zeit verhindert werden können. Die Bergisch Gladbacher seien mit ihrer Bahndammtrasse fünf Jahre lang in Stufe 1 gewesen, seien jedoch in keiner Weise initiativ geworden. Durch einen Zubringer würde der Grünzug am Gut Mielenforst – eine Kaltluftschneise - zerstört und zudem würde Verkehr in ein noch funktionierendes Zentrum hineingezogen; dies sei aus seiner Sicht völlig indiskutabel.

BG Streitberger teilt mit, dass die Fragen 3 bis 5 schriftlich beantwortet werden. Zu den Fragen 1 und 2 könne er informieren, dass die Stadt Köln seit einiger Zeit Gespräche mit der Stadt Bergisch Gladbach führe mit dem Ziel, nicht durch die von RM Noack angesprochene Maßnahme sondern durch eine größere Zahl von kleineren Maßnahmen Entlastung auf Bergisch Gladbacher und Kölner Gebiet zu schaffen. Es gebe hier kein durchgearbeitetes Konzept und auch keine neue Trasse einer Umgehungsstraße; es handele sich „lediglich“ um kleinere Bypässe und Maßnahmen an vorhandenen Anlagen. Das Mandat für die Durchführung einer Bürgerversammlung möchte die Verwaltung vom hiesigen Ausschuss noch erhalten; hierzu werden derzeit – auch in Bergisch Gladbach – gleich lautende Beschlussvorlagen, in der grob die Maßnahmen beschrieben werden, vorbereitet; Herr Oberbürgermeister Roters sei informiert und werte dies als ein gutes Zeichen der regionalen Zusammenarbeit. Die Verwaltungsvorlage sei jedoch keine Vorfestlegung auf bestimmte Maßnahmen.

RM Noack berichtet, dass die Umgehungsstraße, die für Kölner Bürger kaum Nutzen habe und immer wieder in die Diskussion komme, für große Unruhe gesorgt habe. Zudem möchte er noch wissen, ob bei den Gesprächen mit der Stadt Bergisch Gladbach auch der zweigleisige Ausbau der S11, P+R-Plätze an den Endhaltestellen der Linie 1 bzw. im Bereich des S-Bahnhofs in Bergisch Gladbach und auch der Ausbau der Trasse von Gronau zur Kölner Straße thematisiert werden. Er halte dies für dringend erforderlich.

BG Streitberger bestätigt, dass auch grundsätzlich über Verkehr im Raum und unterschiedliche Verkehrsträger beraten werde; es sei selbstverständlich, dass der S-Bahnausbau absolute Priorität habe.

8.7 Mobilfunkmasten

Anfrage des SE Joisten

SE Joisten bittet um Mitteilung, ob die Verwaltung Einfluss auf die Standorte von Mobilfunkmasten ausüben könne. Ihm falle immer wieder auf, dass im Bereich des Autobahnkreuzes Gremberg einschließlich des Vingster Ringes/der Porzer Ringstraße ein äußerst schlechter Empfang verschiedenster Netze herrsche und es nicht möglich sei, dort durchgehend zu telefonieren. Dies sei in einer modernen Stadt wie Köln, zudem

in einem zentrumsnahen Bereich, nicht hinnehmbar und er bitte die Verwaltung, dieses Problem entsprechend zu platzieren.

BG Streitberger merkt an, dass es sicherlich möglich sei, Standortwünsche an die Mobilfunkbetreiber heranzutragen; er werde die Bitte daher an seine Kollegin Berg, Dezernentin Wirtschaft und Liegenschaften, weitergeben.

8.8 Sachstand zur Brücke Aachener Weiher Anfrage des RM Zimmermann

Auf Nachfrage des RM Zimmermann teilt Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, mit, dass nach aktuellem Zeitplan im Juli mit den Arbeiten begonnen werde. Es sei in der Tat sehr ärgerlich und in Problemen mit einer ausführenden Firma begründet.

gez. Susana dos Santos Herrmann

gez. Angela Krause

(stellv. Ausschussvorsitzende)

(Schriftführerin)